



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

A 03495

München, 19.10.2017

ANTRAG

Fürsorgepflicht ernst nehmen – Keine Überstundenberge bei städtischen Mitarbeitern!

Dem Stadtrat wird dargestellt:

- Bei wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Führungsebene der Landeshauptstadt München haben sich große Mengen an Überstunden und / oder nicht genommenen Urlaubstagen angesammelt? Bitte ohne Namensnennung, gegliedert nach Referaten und Hierarchie von Referenten bis Stellvertreter der Hauptabteilungsleitungen
- Bei wie vielen Personen ist bereits absehbar, dass sie durch angesammelte Überstunden und / oder Urlaubstage so viel früher in den Ruhestand gehen werden, dass teure Überplanstellen geschaffen werden müssen, um die Fehlzeiten zu überbrücken?
- In den rechtlichen Hinweisen zu Überstunden und Mehrarbeit (sowohl für Tarifbeschäftigte als auch für Beamte) findet sich der Passus „Die Verantwortung für die rechtzeitige Gewährung von Freizeitausgleich liegt bei den zur Anordnung / Genehmigung von Überstunden und Mehrarbeit befugten Führungskräften. Dabei hat der Arbeitgeber das Recht zur Anordnung des Überstunden- und Mehrarbeitsausgleichs, und dies auch zu Zeiten, in denen die Beschäftigten dies nicht wünschen.“

Laut Beamtenrecht ist die Ansparrung von Urlaubstagen (maximal den Teil der 15 Urlaubstage übersteigt über maximal drei Jahre) nur in geringem Umfang, für Tarifbeschäftigte gar nicht möglich. Wie erklärt es sich vor diesem Hintergrund, dass Führungskräfte durch angesammelte Überstunden und Urlaubstage mehr als eineinhalb Jahre früher als regulär in Ruhestand gehen?

- Wie kann und will die LHM künftig dafür sorgen, dass solche Entwicklungen verhindert werden und Arbeitskräfte gar nicht erst riesige Mengen an Überstunden und Urlaubstagen ansammeln?

Begründung:

In letzter Zeit musste der Stadtrat mehrfach die Einrichtung von Überplanstellen beschließen, um Führungspositionen zu besetzen, die durch erheblich früher in Ruhestand gehende Mitarbeiter vakant werden. Hierdurch entstehen der LHM hohe Kosten, die durch eine konsequente Arbeits- und Urlaubszeitplanung vermeidbar wären.

Darüber hinaus muss festgestellt werden, dass die Vorgesetzten dieser Arbeitskräfte über Jahre ihrer Fürsorgepflicht nicht nachgekommen sind, in dem sie es versäumten dafür zu sorgen, dass ihre Mitarbeiter den vorgeschriebenen Erholungsurlaub und Freizeitausgleich nehmen.

Als verantwortungsbewusste Arbeitgeberin muss die Stadt hier eingreifen und sowohl im Sinne der Gesundheit ihrer Arbeitskräfte als auch im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Steuergeldern Abhilfe schaffen.

Initiative:

Johann Altmann

weitere Fraktionsmitglieder:

Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer